

1891 veröffentlicht ist, demnach ist in Kraft treten wird. Nach dem Untersuchungsbericht vom 8. März 1871 sind die Landarmenverbände beauftragt, die Kosten der öffentlichen Armenpflege, welche die Fürsorge für Geisteskrante, Blöden, Taubstumme, Sieche und Blinde verursacht, unmittelbar zu übernehmen. Durch die Novelle vom 11. Juli 1891 ist diese Befugnis in eine Verpflichtung und zwar dahin verwandelt, daß die Landarmenverbände für die Versorgung, Kur und Pflege dieser Kranken usw., sobald sie hilfsbedürftig sind und soweit sie Anstaltspflege bedürfen, in geeigneten Anstalten Fürsorge treffen müssen. Diese Bestimmung wird schon am 1. April d. J. Gesetzkraft erlangen.

Schon lange Jahre erstreben die Gerichtsschreibereibeamten der Land- und Amtsgerichte eine Verbesserung ihrer Verhältnisse. Das Abgeordnetenhaus hat sich wiederholt mit dieser Frage befaßt und sich lebhaft beauftragt ausgesprochen. Wenn gleichwohl der Justizminister sich bisher ablehnend verhalten, so müssen wir den Grund in der nicht eben rosig finanziellen Lage des Staates suchen, der ja bekanntlich seitens der Justizverwaltung in übermäßigem Maße Rechnung getragen wird. Die Lage jener Beamten fordert eine dringende Berücksichtigung. Die Minister und gleichgestellten Beamten der übrigen Verwaltungen verdienen ein bis zu 900 M., die Sekretäre ein bis zu 300 M., höhere Maximalgehälter als die gleichgestellten Beamten bei den Land- und Amtsgerichten. Dieser Unterschied ist nicht zu verkennen, wenn man erwägt, daß die Vorbereitungen zur Annahme bei allen einschlägigen Behörden im allgemeinen dieselben sind und den Bureaubeamten der Land- und Amtsgerichte, deren Anstellung nach einem strengen Vorbereitungsdiens in dem erfolgreichsten Verfahren einer scharfen Prüfung und von erprobten Leistungen während der Assistentenjahre abhängig ist, eine ungleich höhere moralische und materielle Verantwortlichkeit aus ihren wichtigen und schwierigen Dienstverrichtungen erwächst als den Subalternbeamten anderer Verwaltungszweige. Durch die Aufstellung der Kreis-, Regierungs-, Eisenbahn-Sekretäre bei den Verwaltungs- und Eisenbahn-Direktionen usw. an die Provinzialbehörden — abgesehen von den Kansträßen, nach Regierungen, nach Betriebsämtern, nach manche Direktion die einzigen ihres gleichen in der Provinz sind — ist ein hoher, um etwas zu kurzer Strich durch den bestehenden, aber durchaus ungerechtfertigten Gehaltsunterschied zwischen den Subalternbeamten der Provinzial- und Lokalbehörden gezogen; man sühre ihn zugunsten der Subalternbeamten der Land- und Amtsgerichte endlich einmal kräftig durch, zumal die erforderlichen Mittel nicht bedeutend und wärdlich der Einstellung werth sind, damit die langjährigen berechtigten Klagen aufhören. Der Abgeordnete v. Winterfeldt rühmte seinerzeit den Subalternbeamten gerade der Land- und Amtsgerichte nach, daß sie vermöge ihrer wichtigen Dienstverrichtungen den hohen Vorrang hätten, die vornehmsten unter allen Subalternbeamten zu sein. Wäre die Staatsregierung in Anbetracht dieses guttunenden Anspruches nicht länger ändernd, diese Beamten in die auch ihnen gebührenden Gehaltsstufen der Subalternbeamten einzuzuschließen aufzulegen zu lassen, möge die Justizverwaltung nicht weiter mit einem entsprechenden Antrag warten.

Wegen den Redakteur Postgraf soll auf Veranlassung des gotthalden Staatsministers Strenge gerichtlich wegen Beschlagnahme eingeleitet werden auf Grund seiner Beschlagnahmen über die Zustände in der Gefangenanstalt zu Zoltenhausen.

Berlin, 25. Febr. S. M. Schiffsmagazinverwalter „Nixe“, Kommandant Kapitän zur See Nibel, ist heute in Sverhus angekommen und beabsichtigt am 6. März nach Neapel in See zu gehen. S. M. Kreuzer „Nixe“, Kommandant: Kapitän-Lieutenant Hartmann ist heute in Bombay angekommen.

Unstaud.

Oesterreich-Ungarn. Wien, 25. Febr. In der heutigen Plenarversammlung der Börsenämner sprach der Präsident Miller-Wicholz der österreichischen und der ungarischen Regierung die besten Glückwünsche zum Gelingen des großen Unternehmens der Konversion's Operation aus, welche für beide Staaten von der größten moralischen und sachlichen Bedeutung sei und bleiben werde.

Budapest, 25. Febr. Im Abgeordnetenhaus richtete Graf Karolyi an die Regierung die Aufforderung, sich mit den Regierungen Oesterreichs, des Deutschen Reiches und Frankreichs in Verbindung zu setzen, um ein gleichförmiges Vorgehen bezüglich der Bekämpfung der Finanz- und des Terminhandels an der Börse zu erzielen. Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte der Ackerbauminister, die Errichtung eines großen internationalen Viehmarktes in Budapest werde die Viehverwertung wesentlich fördern und Ungarn neu wieder Pflege und dem Auslande unabhängig machen. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung theilte der Ackerbauminister mit, es liege ein Gegenentwurf ausgearbeitet, durch welchen einigen kumert weniger vermögenden Leuten durch Pachtung kleinerer Staatslösser ein Lebenserwerb gesichert und auf diese Weise eine Ackerbau treibende Mittelschicht geschaffen werde. Hierzu würde insbesondere auch der Grundbesitz der hohen Geistlichkeit verwendet werden, welche dem Gegenentwurf prinzipiell zugestimmt habe. Eine große sozialpolitische Frage werde damit für Ungarn gelöst. Die Regierung werde außerdem ein Kolonisationsgesetz einbringen, durch welches sie ermächtigt wird, kleinere Güter anzukaufen und dieselben gegen Wotenzuschlägen an Anbauer zu überlassen.

Belgien. Brüssel, 26. Febr. Heute vormittag um 9 Uhr hat das Referendum in der Stadt und den Vororten über das in Belgien einführende Wahlsystem unter reger Theilnahme der Bevölkerung begonnen. Die Abstimmung findet über folgende 5 Anträge statt:

1. Das mit vollständigem 21. Lebensjahre ausübende aktive allgemeine Wahlrecht (Antrag Jantion); 2. das mit vollständigem 25. Lebensjahre ausübende aktive allgemeine Wahlrecht (Antrag Weichem); 3. Ausschluß der Unterworfenen und deren, welche weder lesen noch schreiben können (Antrag Grand); 4. Abhängigkeit der Wahlberechtigung von dem Zusammenhange eigener Wohnung und dem Nachweis eines gewissen Vermögens (Antrag Weichem); 5. Ausschluß derjenigen von der Wahlberechtigung, welche keine Politikumidulid besitzen (Antrag Weichem).

Die Stimmabgabe, welche in Redaktionslokalen, Cafés und anderen öffentlichen Lokalen vorgenommen wird, vollzieht sich in völliger Ruhe und Ordnung. In den Vorstädten wird die Abstimmung um 6 Uhr, im Innern der Stadt um 9 Uhr abends geschlossen werden.

Die konervative Vereinigung des Arrondissement Brüssel nahm in ihrer heute abend abgehaltenen

Versammlung fast einstimmig eine Tagesordnung an, welche das allgemeine Stimmrecht und die von Grauz und Fröde-Orban eingebrachten Anträge verwirft.

Frankreich. Paris, 25. Febr. In dem heutigen Ministerrath befaßte der Minister des Auswärtigen Develle, daß der Präsident des schweizerischen Bundesrathes an den diesseitigen Botschafter Krato in Bern ein Schreiben gerichtet habe, in welchem derselbe seine Bedauern über den Vorgang in Basel bei dem Fahnachts-Umzuge ausdrückte. Der Zwischenfall sei als erledigt anzusehen.

Paris, 25. Febr. In der Deputirtenkammer wurde bei der fortgesetzten Beratung des Budgets ein Amendement Robert-Michels' mit 215 gegen 204 Stimmen angenommen, wonach eine jährliche Steuer von 20 Francs für jeden Vorbeizugenden Diener zu entrichten ist.

Paris, 25. Febr. Andreux, welcher von den Vorkämpfern im siebenten pariser Arrondissement als Kandidat für die nächsten allgemeinen Wahlen angezeit ist, verbrachte in seiner Kandidatur, zu geeigneter Zeit die Namen aller compromittirten Deputirten mitzutheilen; dieselben machten ein Drittel aller Parlamentsmitglieder aus.

Italien. Rom, 25. Febr. Die Deputirtenkammer nahm mit 191 gegen 76 Stimmen den Gesetzentwurf an, durch welchen das Budgetprovisorium auf einen Monat verlängert wird.

Rom, 26. Febr. Der Papst empfing heute den österreichischen Botschafter Grafen Reberta an feierlicher Audienz. Graf Reberta überreichte das Widmungsstück des Kaisers Franz Josef und die dem Papste vom Kaiser gezeichnete Gesandte, darunter ein prachtvolles Ehrenkreuz mit Brillanten. Darauf folgte der Botschafter mit dem Papste ein längeres Privatgespräch in den päpstlichen Gemächern. Der Papst erwiderte dem Kardinal Staatssekretär Rampolla einen Besuch ab.

Rumänien. Bukarest, 25. Febr. Der Senat hat mit großer Majorität die Abänderung des Konstitutionsgesetzes angenommen, demzufolge das Präsidium statt im Februar im November einzuberufen ist. — Die Parlaments-Session ist bis zum 1. April verlängert worden.

Syrien. Bei der Verwaltung des Kongo Staates in Brüssel ging gestern die Meldung ein, daß Major Dhanig am Kommando-Posten mit Arabern, die von Ssu, dem Sohne Lippo Lippo's geführt wurden, zusammengetroffen sei. Die Araber seien in die Flucht geschlagen, 5 Händlinge und 500 Mann gefangen genommen; außerdem seien 600 Künter erbeutet. Wie weiter gemeldet wird, ist Delcommune mit seinen Gefährten wohlgehalten in Leopoldville angekommen.

Verdammeria. Washington, 26. Febr. Auf eine Anfrage des Finanzministeriums des Repräsentantenhauses antwortete der Schatzsekretär Foster, die Lage verdiene eine ernste Prüfung, er empfehle, die Einkünfte um 50 Millionen Dollars zu vermindern, um die Finanzlage zu sichern. Foster gab nicht an, ob die Einkünfte durch eine Anleihe oder durch neue Steuern vermehrt werden sollten.

Chicago, 25. Febr. Der Ausstand der Weidenheller ist nunmehr vollständig beendet. Die Ausständler sind durch andere Weidenheller ersetzt worden. Die Angehörigen der nürigen Weidenheller zeigen keine Neigung, sich der Ausstandsbevegung anzuschließen.

Halle und Umgegend.

Halle, 27. Febr.

— Befußt Beratung einer an den Deutschen Reichstag abzugehenden Petition für Annahme der Militärvorlage fand gestern nachmittag im Saale des „Pring Karl“ eine Versammlung der „Allgemeinen Ordnungspartei“ statt, zu der alle eingeladen waren, die einer solchen Petition zustimmen gedenken. Die Versammlung wurde von dem Reichstagesvertreter, Dr. Anterschieds Rath B. A. eröffnete die Verhandlungen mit einem Hoch auf den Kaiser, worauf Dr. Oberlechner Dr. A. und einen einleitenden Vortrag hielt und zum Schluß seiner Ausführungen namens des Vorstandes der Allgemeinen Ordnungspartei die Annahme folgender Resolution und Petition empfahl:

„Die heute im Saale des „Pring Karl“ zu Halle a/S. stattfindende Versammlung der Allgemeinen Ordnungspartei beschließt folgendes:

1. Die Vernehmung unserer militärischen Streitkräfte ist ausschließlich der immer gewaltthätigen und bedrohlichen Mithlungen der anderen europäischen Großmächte zur Sicherung des deutschen Vaterlandes und zur Wahrung des europäischen Friedens eine unabweisliche Nothwendigkeit.
2. an den Reichstag folgende Petition anzuwenden:

Der hohe Reichstag wolle der Militärvorlage der verbündeten Regierungen seine Zustimmung ertheilen.“

Eine Reihe Redner sprach sich für die Resolution und Petition aus. Dr. Landtagsabgeordneter, Oberbürgermeister a. D. Gehl, Regierungsath v. Hof glaubte an Grund gegen den Meinungsanstausch mit Mitglieder seiner Fraktion, welche dem Reichstage angehören, sagen zu können, daß die Situation gegenwärtig eine entschieden ungünstigere als zur Zeit der Einbringung der Vorlage sei. Trotz der vielen Anfechtungen, die der Reichstagsler Graf Corvini erfahren, und wenn man auch anerkenne, daß derselbe nicht immer mit großem Geschick vorgegangen und nicht immer volle Kenntnis von der Sachlage der parlamentarischen Dinge betunden habe, so sei doch sein Rath und seine ausdauernde Thätigkeit bewundernswürdig; wie der Kanzler unter solchen Schwierigkeiten immer den Kopf aufrecht gehalten, werde man niemals verkennen können. In Frankreich habe die Kammer, nachdem dieselbe von der beschrifteten Vernehmung der deutschen Streitkräfte erfahren, in sehr unangenehmer Situation einstimmig beschlossen, eine Kommission einzusetzen, bezugs Vorbereitung einer Vorlage zur Verklärung der Truppen, und zwar ohne jede Rücksicht auf den Kostenpunkt. Dies sei nicht aus bloßer Leidenschaft geschehen, sondern deshalb, weil in Frankreich das klar hervortretende Nationalgefühl durch parteilose Erwägungen nicht beeinträchtigt werde. Es sei nicht unmöglich, daß die Militärvorlage, soweit die finanzielle Seite in Frage kommt, freier; man werde aber der Reichsregierung konkrete Vorschläge machen, und um mehr zu erreichen, als die Erhöhung des Biers, Spiritus, Tabaksteuer ergebe, die Einführung des Spiritusmonopols empfohlen. Es erhebe nicht ausgeschlossen, daß die Regierung den Reichstag veranlasse, um in der Angelegenheit eine sorgfältige Vorlage ausarbeiten, die dem Volkthum in dieser Angelegenheit zur Annahme gelange. Die vorgeschlagene Resolution und Petition werden einstimmig angenommen. Die Versammlung endete mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland.

— In der gestern nachmittag im „Café Monopol“ hier abgehaltenen Vertreter-Versammlung der an der Saale gelegenen Rudervereine (Saale-Wanderverein) wurde für die Bildung eines abendlichen Vereins beschlossen. Die Vereinsstatuten sind ausgearbeitet. Hier das nächste Jahr hat sich Besetzung zur Uebernahme der Regatta bereit erklärt.

Die Wasserfernhöhle von Trotha.

Nachdem sich die Gemeindevorstellung von Trotha bereits früher für den Ankauf des Ortes an die neue Wasserleitung der Gemeinde Giebichenstein entschieden hatte, ist von dem Ingenieur Meißner-Halle der Entwurf der Ankauf-Anlage ausgearbeitet worden und die Gemeindevorstellung Trotha hat in ihrer Sitzung am Sonntag dem in folgender Weise beschlommen: Der Ankauf wird als selbstständige Anlage der Gemeinde Trotha behandelt und von ihr ausgeführt. Das Nothwendige soll an der gleichbenannten Grenze am Dindrober der gleichbenannten Stellung abzugeben und an dieser Stelle den Haupt-Wassermeister erhalten. Die Gesamtanlage der Höhle beträgt 8000 m. Sämtliche Streden des Ortes sollen mit Wasserhöhlen belegt werden, denn die Höhle ist ein jedes Stücken in Aussicht genommen, während früher nur die Richtung zur Aufstellung öffentlicher Anstalten bestand. In der Hauptstraße sind zwei Wasserleitungen geplant, die dicht vor den Grundstücken entlang laufen, jedoch die stehenden Wasserleitungen der breiten breiten Straße durch die Hausleitungen verläuft wird. Jeder Feuerlöschweck usw. werden 42 Hydranten in zweifacher Weise eingerichtet.

Der sehr reichlich bemessene Kostenanschlag beläuft sich auf 75,000 M., man hofft aber mit 70,000 M. auszukommen. An die Gemeinde Giebichenstein bezahlt die Gemeinde Trotha außerdem den Selbstkostenpreis des entnommenen Wassers, dessen Menge ein Haupt-Wassermeister feststellt. Die Gemeinde Giebichenstein wird auch der anstehenden Gemeinde durch Verkauf Wasserleitungs selbst Wasser abgeben, auf Wasserfernhöhle Ankauf hat, auch für den Fall, daß die Stadt Halle später einmal die Gemeinde Giebichenstein einverleiben und dadurch Mitglieder des Wasserwerks werden sollte. Eine Erhöhung der Wasserpreisen ist nach den sorgfältigen technischen Untersuchungen nicht zu befürchten.

Durch Ortsstatut soll jedes Hausgrundstück von Trotha zum Ankauf verpflichtet werden, die Kosten desselben fallen dem betreffenden Besitzer zur Last. Das in der Hauswirtschaft gebrauchte Wasser wird bis zu einer gewissen durchschnittlichen Menge (etwa 25 l für ein Kopf und Tag) unentgeltlich an die Einwohnerlichkeit abgegeben. Die Gemeindegemeinde kommt für die Bezahlung dieses Wassers auf Gewerbetreibende des Ortes zu, die Gemeinde Trotha besonders bezahlen. Die Menge wird durch besondere Wassermeister für jeden Gewerbetreibenden ermittelt.

Wie groß der Verbrauch zu Gewerbetrieben sein wird, läßt sich augenblicklich noch nicht angeben, da sich die gewerblichen Anlagen usw. hierüber noch nicht erklärt haben, dagegen schätzt man den Verbrauch zu Hauswirtschafts-Buden auf jährlich 25,000 bis 30,000 ebn.

Die Baustellen sollen durch eine Anleihe mit möglichst langjähriger Tilgungsfrist aufgebracht werden, damit die Zinsen leichter getragen werden können und die Baustellen nicht nur dem gegenwärtigen Geschlecht zur Last fallen. Durch Vermehrung und Tilgung des Baugeldes soll die Bezahlung des entnommenen Wassers durch die Gemeinde Trotha eine jährliche Mehrertragsgabe von 6500 bis 7000 M. erwirken, was eine Erhöhung des kommunikativen Aufschlages von 75 Proz. auf durchschnittlich 110 Proz. bedingen wird.

Uebrigens bedeutet diese Erhöhung ein Opfer für die Gemeindegewerbetreibenden, aber angesichts der Nothwendigkeit einer gesunden und geordneten Wasser-Versorgung des Ortes erschien daselbe der Gemeindevorstellung nicht zu hoch. Es hat sich jedoch in der letzten Zeit bei dem Ausbruche der Cholera ein Mangel an gesundem Wasser in Trotha empfindlich fühlbar gemacht, dem man schließlich durch Zufuhr holländischen Leitungswassers abhelfen mußte. Als Beweis für den vorhandenen Wasserarmuth möge die Angabe dienen, daß bei der im vorigen Jahre betriebenen chemischen Untersuchung sich das Wasser von 33 Proz. sämmtliche Brunnen als befechtlich erwies, jedoch dasselbe nur abgesehen vom Gewinne langlich ertrug. Mehrere Brunnen müßten sogar vollständig geschlossen werden, ein anderer Theil hatte überhaupt kein ausreichendes Wasser, das Sauerwasser ist zu unzureichend Gewinne unbrauchbar. Die Gemeindevorstellung hat deshalb das von der Gemeinde Giebichenstein geforderte freundschaftliche Anerbieten nach gewissenhaft Ueberlegung dankbar angenommen. Ein besonderer Ausschuss ist mit der Führung der Angelegenheit betraut.

Universitäts- und Hochschulausrichten.

Halle, 27. Febr. Der Reichstag Antsieder a. D. Dr. Helmert hier ist als Rathgeber des nach Erlangen beabsichtigten Professors Kipp auf dem zweiten Reichstag für römische Recht nach Kiel berufen. Sein Verbleibung umfaßt auch den Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuchs und künftig das letzte sein.

Leipzig, 26. Febr. Der Historiker Professor Dr. Woldemar Brand promovirte heute vor 30 Jahren bei der hiesigen philosophischen Fakultät zum Doctor philosophiae. Die Fakultät erneuerte aus diesem Anlaß das Ordentlichem.

Greifswald, 26. Febr. Der ordentliche Prof. Dr. Friedrich Marx hier ist in gleicher Eigenschaft in die philosophische Fakultät der Universität Breslau berufen.

Wissenschaft. Anst. Literatur.

— In Sachen des Friedländer Kurfürsten-Entwurf hat, wie die „Voll. St.“ hört, am Donnerstag eine Sitzung des Ausschusses stattgefunden, in der, dem Kaiserlichen Wünsche gemäß, die Ausführung des Calandrelli'schen Entwurfes beschlossen worden ist. In Stelle des ausgearbeiteten Entwurfes hat die hiesige Universität die Vorarbeiten des Vorstandes genehmigt worden. Das Sammlungs-kapital ist in Höhe von 25,000 M. geteilt, es sollen noch 12,000 M. Der Calandrelli'sche Entwurf soll in Leipzig veröffentlicht werden.

— Eine Magdalena von Murillo, welche, wie es heißt, früher für den Preis von 3000 Mtl. aus der Sammlung der Königin von Spanien gekauft worden, wurde dieser Tage auf einer Auktion in London für 510 Mtl. erstanden. Die Auktion wurde von dem „W. St.“ als eine „Produkt der Jungfrau Maria“ bezeichnet, für 540 Mtl. verkauft. Für das Bild sind früher 1500 Pfund gezahlt worden.

— In der Wiener Gesellschaft der Ärzte machte Dr. Sauerbrey Mitteilung über die Verände, und die Wirkung der Koch'schen Kompositionen auf gesunde und kranke Menschen kennen zu lernen. Er und drei andere Wiener vertheilten von Cholera-Krankheitskommunikation, die kein Cholera und überhaupt keine tödtliche Wirkung zu Folge hatten.

